

Energischer Zwischenruf der Unterzeichner
der Nürnberger Erklärung
zu Flucht – Asyl – Menschenwürde

Menschenrechte müssen im Mittelpunkt des Handelns stehen

Migrantenorganisationen, Kirchen und
DGB und nehmen Politik in die Pflicht

29.06.2018



Im Herbst 2016 veröffentlichten die beiden großen christlichen Kirchen, der DGB Mittelfranken und die Dachorganisation der Ausländer und Integrationsbeiräte (AGABY) eine Nürnberger Erklärung zur Kontroverse um Flucht, Asyl und Menschenwürde.

Die Forderung des Bundesinnenministers, Flüchtlinge an der deutschen Grenze zurückzuweisen, bestimmt gegenwärtig die Tagespolitik. Begleitet wird dies mit einer bereits länger andauernden Radikalisierung in der Sprache und durch Vereinfachungen bis hin zu rechtspopulistischen Attacken.

„Wer im Zusammenhang von Menschen auf der Flucht, die durch schlimmste Erlebnisse traumatisiert sind, wiederholt von Asyltourismus spricht als wären sie auf einer Urlaubsreise, erzeugt mit Sprachbildern rechtspopulistische Stimmungen mit toxischer Wirkung gegen ein friedliches Miteinander. Die Verantwortung der Politik liegt darin, komplizierte Probleme zu lösen, sie aber nicht durch Unterlassung oder Zuspitzung zu verschärfen“, sagt **DGB-Regionsgeschäftsführer Stephan Doll**. Deutschland habe seine besondere Verantwortung bei der Bewältigung der Integration von Menschen auf der Flucht in hervorragender Weise wahrgenommen. „Dies darf nicht zurückgedrängt werden durch einen anti-europäischen Rechtsruck bei den Meinungsführern innerhalb der CSU. Es ist nicht hinnehmbar, dass Menschen in Not von einem Land zum anderen in erniedrigender Weise herumgeschubst werden“, sagt **Doll** und fügt hinzu: „Ein Kreuz an der Wand macht noch keine Politik, die die Würde aller Menschen ernst nimmt.“

Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen hat für **Jürgen Körnlein, Evangelischer Stadtdekan**, einen biblischen Ausgangspunkt. „Sie gilt ausnahmslos für jeden Menschen, unabhängig von Herkunft, Religion oder Hautfarbe.“ Dies müsse seiner Auffassung nach Ausgangspunkt allen Denkens sein. Körnlein mahnt: „Wer Menschengruppen, die in ihrer Heimat keine Perspektive mehr sehen oder gar um ihr Leben bangen müssen, pauschal zum Problemfaktor für unsere Gesellschaft macht, dem seien Bibel, Menschenrechte und Grundgesetz in Erinnerung gerufen.“

Die Gewährleistung eines rechtsstaatlichen Asylverfahrens dürfe „keinesfalls behindert oder eingeschränkt werden“, sagt der **Leiter des Evangelischen Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt, Johannes Rehm**. Er spricht sich dafür aus, dass „die Verfahren gründlich und nicht unter Zeit- und Erfolgsdruck durchgeführt werden dürfen.“ Aus seiner Sicht ist es sinnvoll Asylsuchenden, unabhängig von einer Bleibeperspektive, die Möglichkeit zur Erwerbsarbeit und dadurch zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben einzuräumen.

Der **Katholische Stadtdekan Hubertus Förster** ist „entsetzt, wie das weltweite Problem der Migration von Menschen aus Not, Elend und Gewalt politisch für den eigenen Machterhalt instrumentalisiert wird.“ Förster wird noch deutlicher: „Bislang war das nur eine Domäne der Rechtspopulisten.“ Dabei würden Migranten stigmatisiert, „vor denen man sich fürchten müsse, da sie unseren reich gedeckten Tisch gefährden könnten“, sagt Förster.

Selbstkritisch betrachtet der Theologe Förster die Ursachen, die seiner Auffassung nicht nur in militärischen Konflikten zu suchen seien, sondern in „unserer Art zu wirtschaften, unseres Wohlstands und unseres

Konsumverhaltens.“ Für ihn steht fest: „Die viel besagte Bekämpfung der Fluchtursachen spielt schon lange keine Rolle mehr. Denn dazu müsste sich die Politik damit beschäftigen, wie wir in den reichen Ländern unser Verhalten ändern. Doch damit gewinnt man keine Wahlen.“ Bei der grundsätzlichen Frage nach der Verteilung der Güter dieser Welt geht es auch für **Manfred Böhm, Leiter der Arbeitnehmerpastoral im Erzbistum Bamberg**, ans Eingemachte: „Wer nicht teilen will, wird über kurz oder lang sogar töten müssen, denn die Not der Flüchtenden ist mit warmen Worten nicht zufriedenzustellen.“ **Stadtdekan Förster** hat klare Erwartungen: „Wir brauchen eine ethische Globalisierung in den Köpfen. Denn überleben und gut leben, werden wir nur gemeinsam und nicht in einzelnen nationalen Zellen. Ich erwarte daher von der Politik keine nationale Abschottung, sondern ernste Bemühungen zur Schaffung weltweiter gerechter Lebensverhältnisse. Das wäre wahrhaft christlich.“

Die **Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Migrantenorganisation in Bayern (AGABY), Mitra Sharifi Neystanak**, nimmt eine ähnliche Perspektive ein. Aus ihrer Sicht werde der „Wettbewerb um Flüchtlingsabwehr auch aus Bayern angeheizt. Dies darf uns nicht kalt lassen“, sagt **Neystanak**. „Einfach die Tore zu schließen, Flüchtlinge auf dem Meer ausharren zu lassen oder zwischen den Kontinenten hin und her abzuschieben, ist keine Lösung! Für die weltweite humanitäre Flüchtlingskrise tragen auch Europa, Deutschland und Bayern Verantwortung, weil sie durch ihre Wirtschafts- und Rüstungspolitik dazu beitragen, dass Menschen fliehen müssen.“ Sie stellt auch die Frage nach der Zukunft Europas, in dem in vielen Ländern „rassistische Positionen und nationalistische Kräfte und Parteien das gesellschaftliche Klima vergiften“. Aus ihrer Sicht ist es wichtig, eine klare Haltung für Vielfalt und für eine Integrations- und Sozialpolitik und für die Akzeptanz der Migration und der Geflüchteten zu werben. Wir brauchen kein Europa der nationalen Egoismen und Alleingänge.“ Und fügt an: „Wir alle, mit und ohne Migrationshintergrund, haben hierfür eine Verantwortung.“

Ganz praktisch braucht die Bundesrepublik „ein Zuwanderungsgesetz in europäischem Kontext sowie effektive Unterstützung in Herkunftsländern“, sagt der **Theologe Körnlein**. Dies helfe langfristig mit der globalen Frage fair und vernünftig umzugehen, ohne Populismus.

DGB-Chef Doll mahnt vor weitreichenden Folgen: „In Wahlkampfzeiten geht es beim Thema Flucht nicht mehr um die politisch-sachbezogene Auseinandersetzung. Stattdessen wird eine Erschütterung des Vertrauens in rechtsstaatliche und demokratische Werte unverantwortlich hingenommen.“

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Nürnberger Erklärung wünschen sich von den demokratischen Parteien, dass die sozialen Fragen in unserem Land diskutiert werden und nach Lösungen gerungen wird. Die Themen Wohnen, Armut, Gute Arbeit und Guter Lohn sind hier beispielhaft erwähnt.